

# Braucht es die Lohndumping-Initiative?

Die Gewerkschaft Unia will schärfer gegen Firmen vorgehen, die Dumpinglöhne bezahlen. Ist dies nötig?

Zwei Arbeitgeber streiten sich: Martin Brägger, KMU-Geschäftsführer, und Markus Hungerbühler, Baumeisterverband-Geschäftsleiter.

Mit Markus Hungerbühler und Martin Brägger sprach Anita Merkt

Ist Lohndumping ein Problem, das weitverbreitet ist?

**Markus Hungerbühler:** Nein, Lohndumping gibt es in vereinzelten Fällen, aber es ist kein flächendeckendes Problem, schon gar nicht im Bauhauptgewerbe. Bei den von der Unia behaupteten Verdachtsfällen handelt es sich lediglich um vermutete Fälle, bei denen nichts bewiesen ist. Wir haben im Bauhauptgewerbe sehr viele Kontrollen, und schwarze Schafe müssen unbedingt zur Rechenschaft gezogen werden. Die Annahme der Lohndumping-Initiative würde dem Zürcher Werk- und Wirtschaftsstandort jedoch grossen Schaden zufügen. Die Unia bauscht das Problem auf, um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen.

**Martin Brägger:** Lohndumping ist ein Problem, das ehrliche Schweizer Firmen bedroht. Das beweisen die Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft. Im letzten Jahr wurden 157 000 Personen überprüft. Bei einem Drittel von ihnen bestand der Verdacht, dass sie weniger Lohn erhielten, als ihnen gemäss Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zustand. Seit 2005 hat die Zahl der Kurzaufenthalter aus der EU um 500 Prozent zugenommen. Die Zahl der Kontrollen wurde aber nur unwesentlich erhöht. Das heisst, dass das Kontrollnetz viel grobmaschiger geworden ist.

**Hungerbühler:** Bei der grossen Masse der verdächtigten Firmen bestätigt sich der Anfangsverdacht nicht. Die paritätischen Berufskommissionen des Kantons liessen im letzten Jahr 4285 Firmen und 8703 Personen kontrollieren. Bei 3131 Fällen ergab sich ein Verdacht. Vom Amt für Wirtschaft und Arbeit wurden lediglich 137 ausländische Firmen sanktioniert. Das zeigt, dass sich die Mehrheit der Verdachtsfälle als unbegründet erwiesen hat.

**Brägger:** Diese geringe Zahl beruht darauf, dass das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) nur einen Teil der Firmen sanktioniert, bei denen die paritätischen Kommissionen Verfehlungen feststellen. In der paritätischen Kommission der Schreiner haben wir 2014 festgestellt, dass ein Drittel der Firmen mit Sitz im Ausland tiefere Löhne zahlte, als den Arbeitern gemäss GAV zustand. Von den Schweizer Firmen mussten zehn Prozent Lohnnachzahlungen leisten, weil die Angestellten nicht korrekt entlohnt wurden.

Braucht es schärfere Sanktionsmöglichkeiten?

**Hungerbühler:** Die jetzigen Sanktionsmöglichkeiten reichen völlig aus. Es gibt die nötigen Instrumente, und sie genügen. Wir im Bauhauptgewerbe kontrollieren sehr intensiv. Dabei stellen wir fest, dass Lohnunterbietungen nur in Ausnahmefällen vorkommen. Man kann über die Funktionsweise der PK diskutieren, es gibt solche, die funktionieren besser, andere weniger gut. Da gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Der Kanton hat im letzten Jahr 125 Dienstleistungsverbote ausgesprochen und Konventionalstrafen verhängt. Das zeigt, dass das Sanktionssystem funktioniert. Zudem sollen die Maximalbussen jetzt von 5000 auf 30 000 Franken erhöht werden.

**Brägger:** Es braucht die Lohndumping-Initiative, weil die PK keine wirkliche Waffe gegen betrügerische Firmen haben, die die Zusammenarbeit verweigern. Leider gibt es sehr viele Firmen, die die Überprüfung ihrer Lohnzahlungen gezielt sabotieren. Damit können sie ein Verfahren über Monate oder gar Jahre verschleppen. Die kriminelle Firma arbeitet während dieser Zeit weiter, und die Arbeiter werden weiter um ihren Lohn betrogen. Die Initiative ermöglicht lediglich, Firmen zur Kooperation zu zwingen, indem das AWA ihnen die Weiterarbeit untersagt, bis sie die Lohnunterlagen vorlegen.

Welche Gefahren birgt diese Unia-Initiative?

**Hungerbühler:** Sie ist das falsche Mittel. Wegen einer Handvoll Firmen werden Massnahmen propagiert, die gegen verfassungsmässige Grundrechte und die



«Viele Firmen sabotieren eine Lohnüberprüfung»: Martin Brägger. Fotos: Urs Jaudas

## Der Befürworter

Martin Brägger

Martin Brägger arbeitet seit 1981 als Schreinermeister. Seit dem Jahr 2006 ist er Geschäftsführer der Holzmontagefirma Homoz. Mit 30 Mitarbeitern führt die Firma Montagearbeiten aus. Seit mehr als 30 Jahren engagiert Brägger sich im Lehrabschlussprüfungswesen. Bis 2015 war Brägger ausserdem Präsident der Bau-gewerblichen Berufsschule Zürich.

Wirtschaftsfreiheit verstossen. Auf blossen Verdacht können ganze Baustellen geschlossen werden. Damit werden auch korrekte Firmen an der Weiterarbeit gehindert. Die Initiative gefährdet den Werk- und Wirtschaftsplatz Zürich. Es entstehen Schäden und Staatshaftungsansprüche, die am Ende der Steuerzahler berappen muss. Zudem geht es nicht nur um Baustellen. Die Initiative der Unia zielt auch auf Hotels, Restaurants oder den Detailhandel. Sie könnte auch die Unia selbst treffen.

**Brägger:** Die Mär von der Baustellen-schliessung ist schlicht und einfach unwahr. Es ist ein Skandal, dass der Regierungsrat in der Abstimmungsvorlage diese Falschinformation verbreitet. Es stimmt nicht, dass ein Kontrollorgan aufgrund eines blossen Verdachts eine ganze Baustelle schliessen kann. Nur wenn eine mutmasslich unkorrekte Firma sich weigert, innerhalb einer bestimmten Frist die Lohnunterlagen vorzulegen, kann das AWA ein Arbeitsverbot aussprechen. Dieses gilt allein für die unkooperative Firma.

**Hungerbühler:** Wer weiss, wie eine Baustelle funktioniert, muss davon ausgehen, dass ein solches Arbeitsverbot die Schliessung der gesamten Baustelle zur Folge hat. Heute folgt ein Arbeitsschritt auf den anderen. Bevor der Gipser seine Arbeit erledigt hat, kann der Maler nicht weitermachen. Darum werden auch korrekte Firmen bestraft.

**Brägger:** Unvorhersehbare und kurzfristige Änderungen sind heute für Handwerksfirmen das tägliche Brot. Ich muss mit meiner Schreinerfirma ständig kurzfristig umdisponieren. Das würde ich auch im Fall einer solchen Verzögerung

der Arbeiten. Wer heute nicht flexibel plant, kommt mit den Bedingungen auf Baustellen nicht zurecht.

Was sagen Sie zu den von der Unia aufgedeckten Lohndumping-Fällen?

**Hungerbühler:** Dass die Unia eigenmächtig Baustellen blockiert, ist unakzeptabel. Die ganzen sogenannten Lohndumping-Fälle wie beim Bahnhof Löwenstrasse oder beim Zara an der Bahnhofstrasse wurden von der Unia völlig aufgebauscht. Ohne dass den Firmen irgendein Vergehen nachgewiesen worden ist, wurden sie an der Weiterarbeit gehindert. Im Fall der Durchmesserlinie hat das AWA bis heute keine Meldung zu festgestelltem Lohndumping erhalten.

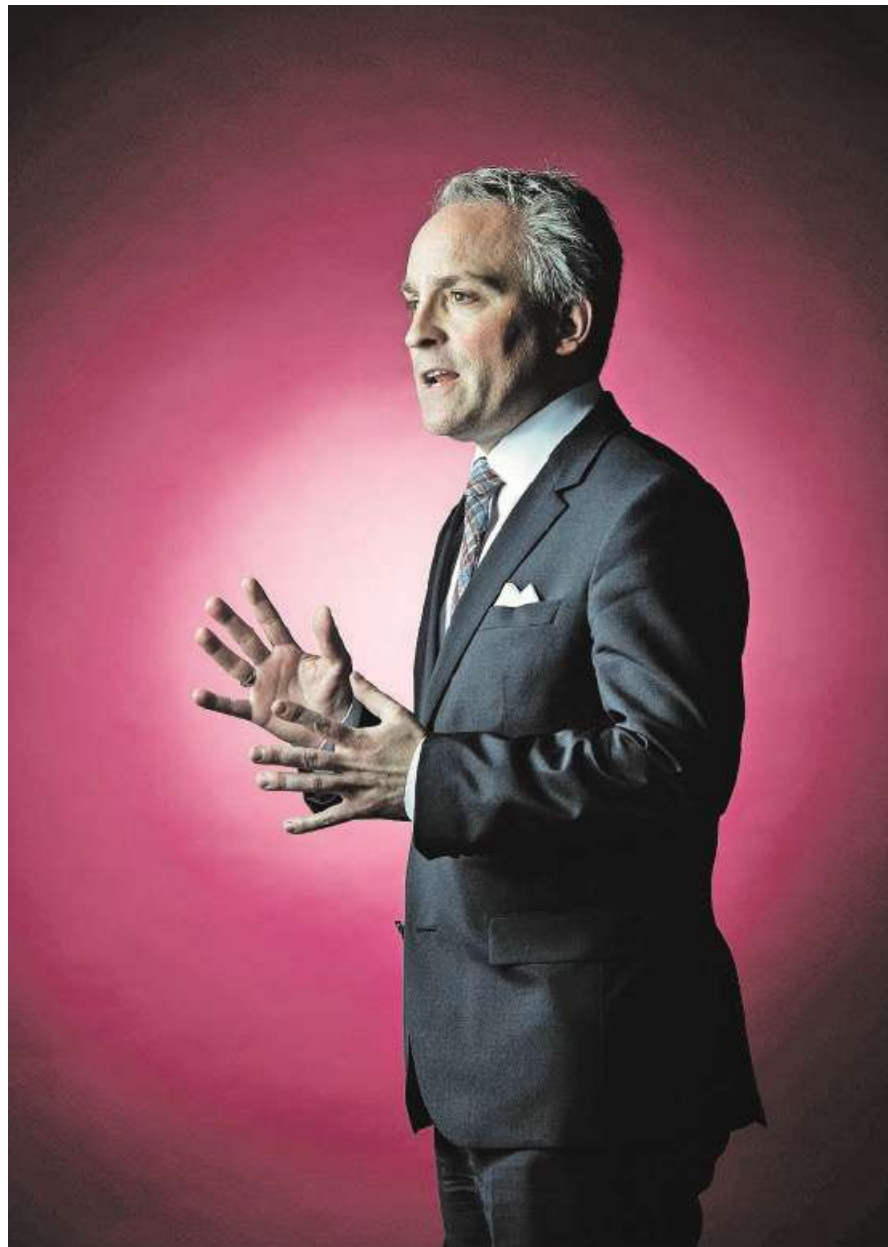
**Brägger:** Mit dem Vorgehen der Unia gegen Lohndumping muss man nicht einverstanden sein. Aber die Lohnnachzahlungen von einer Viertelmillion Franken haben gezeigt, dass es zum Beispiel bei der Durchmesserlinie grobe Verstösse gab. Und dass die vorgesehenen Organe machtlos waren. Eigentlich müssten die SBB jedoch schon Verdacht schöpfen, wenn ein Zweimannbetrieb einen Auftrag von mehreren Millionen Franken erledigen will. Betriebseinstellungen würde im Übrigen nicht die Unia verfügen, sondern das AWA.

Was sagen Sie zum Vorwurf, die Unia würde Sie instrumentalisieren?

**Brägger:** Damit kann ich gut leben, weil ich weiss, dass es nicht stimmt. Wir von der PK Schreiner machen Sachpolitik. Es geht uns um den Schutz korrekt arbeitender Firmen vor betrügerischer Konkurrenz. Die äusserst knappen Margen erlauben vielen Firmen nur ein Dasein am Rande der Existenz. Der

## Die Lohndumping-Initiative

Über die Unia-Initiative «Zur Durchsetzung der minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen» wird am 28. Februar abgestimmt. Die Initiative verlangt, dass das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) die Arbeit eines Bauunternehmens stoppt, wenn ein begründeter Verdacht auf Lohndumping vorliegt und das Unternehmen nicht bereit ist, die geforderten Unterlagen zu liefern. Damit wollen die Unia und ein Arbeitgeberkomitee von



«Lohnunterbietung gibt es nur in Ausnahmefällen»: Markus Hungerbühler.

## Der Gegner

Markus Hungerbühler

Markus Hungerbühler ist 41 Jahre alt und hat Geschichte und politische Kommunikation studiert. Er politisiert in Zürich als Gemeinderat der CVP. Er führt die CVP der Stadt Zürich an und ist Vizepräsident der Kantonalpartei. Hungerbühler war Lobbyist eines Telekommunikationsunternehmens. Seit 2014 ist er Geschäftsleiter des Baumeisterverbandes Zürich-Schaffhausen.

Druck auf Schweizer Unternehmen ist bereits wegen des überhöhten Frankenkurses gross. Dazu kommen Nachteile bei Aufträgen im Inland, weil ausländische Firmen mit Tiefstlöhnen auf dem Markt operieren. Arbeiter mit Einschränkungen oder Auszubildende können sich viele unter diesen Bedingungen nicht mehr leisten.

**Hungerbühler:** Absender des ersten Briefes des Unternehmerkomitees war das Postfach der Unia. Sie stellen diesen radikalisierten Gewerkschaftern Ihr freundliches Gesicht zur Verfügung. Dass dies der Unia zupass kommt, ist klar, aber es ist symptomatisch für die Machenschaften der Unia. Das sind genau die Methoden, die uns drohen, wenn die Initiative angenommen wird. Die paritätischen Kommissionen, die sich jetzt für die Initiative einsetzen, sind der Unia auf den Leim gekrochen.

Was schlagen Sie vor, wenn eine Firma die Lohnbücher nicht zeigt?

**Hungerbühler:** Dann muss man die Unterlagen einfordern und notfalls sanktio-

nieren, das ist ganz klar. Man verhängt Bussen oder ein Dienstleistungsverbot.

**Brägger:** Genau das können Sie jetzt nicht. Nach zwei oder drei Wochen sind die Arbeiten auf der Baustelle erledigt, und die Firma ist über alle Berge.

Was tun Generalunternehmer, um Lohndumping zu verhindern?

**Hungerbühler:** Die Erstunternehmer verpflichten die beauftragten Firmen, dafür zu sorgen, dass deren Subunternehmer korrekte Löhne zahlen. Seit einiger Zeit gilt zudem die Solidarhaftung. Sollte ein Unternehmen im Betrugsfall nicht zahlen können oder in Konkurs gehen, haftet der Erstunternehmer.

**Brägger:** Das sind alles Papiertiger. Ich habe für jede Baustelle einen Ordner mit unterschriebenen Verträgen. Entscheidend ist jedoch, was wirklich auf der Baustelle vorgeht und welche Löhne tatsächlich gezahlt werden.

Welche anderen Verbesserungen als die Initiative wären denkbar?

**Hungerbühler:** Auf Bundesebene werden Verbesserungen diskutiert. Dazu gehört zum Beispiel ein Badgesystem, bei dem jeder Arbeiter einen Badge im Kreditkartenformat dabei hat, auf dem seine Daten und sein Lohn gespeichert sind. Denkbar wäre auch eine zentrale Auskunftsstelle mit Informationen über alle Firmen. Wenn eine Firma in der Vergangenheit unsauber gearbeitet hat, würde man das dort erfahren.

**Brägger:** Das Badgesystem gibt es auf grossen Baustellen schon jetzt. Es beruht auf der Ehrlichkeit der Selbstdeklaration. Betrüger wird das nicht vom Betrug abhalten.

Basel praktiziert bereits, was die Initiative fordert. Was ist anders?

**Hungerbühler:** Das Verfahren in Basel schreibt vor, dass übergeordnetes Recht Vorrang hat und die Verhältnismässigkeit gewahrt werden muss. Das Basler Modell ist nicht vergleichbar.

**Brägger:** Die Verhältnismässigkeit würde auch in Zürich gewahrt. Das Skalpel wäre nicht in der Hand eines Metzgers, sondern des Chirurgen.

**Hungerbühler:** Und wenn das AWA der Unia zu lasch vorgeht, werden sie weiterhin Baustellen blockieren.